

Rhein-Erft-Kreis

Stand der Informationen: 01.10.2021

Parteienspektrum

Im Gegensatz zu vielen anderen Kreisen und kreisfreien Städten im Regierungsbezirk Köln sind bzw. waren im Rhein-Erft-Kreis Aktivitäten mehrerer Parteien der extremen Rechten zu verzeichnen. Die NPD verfügte zeitweise im Rhein-Erft-Kreis über einen Ortsverband, dessen Vorsitzender bis zu dem im Oktober 2010 gegen ihn eingeleiteten Parteiausschlussverfahren der Anführer der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL), René Laube, war. Koordiniert wurde die Arbeit des Ortsverbandes Erftkreis bis zu diesem Zeitpunkt durch den Kreisverband Düren, dessen stellvertretender Vorsitzender ebenfalls der in Vettweiß lebende Laube war.

Zu Wahlen trat die NPD ebenfalls an, eine Kandidatur des damaligen Kameradschaftsaktivisten Axel Reitz für das Landratsamt war 2009 angekündigt, konnte aber nicht realisiert werden, unter anderem da nicht ausreichend gültige Unterstützungsunterschriften beigebracht werden konnten. Auf der Reserveliste der NPD standen anfangs neben NPDlern und Personen aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“ auch DVU-Mitglieder. Jedoch kam es im Vorfeld der Wahl zur Rücknahme der DVU-Kandidaturen. Offenbar stieß besonders die Kandidatur von Reitz in DVU-Kreisen auf Ablehnung. Das Ergebnis von 0,4 Prozent muss als Misserfolg gewertet werden.

Bei der Bundestagswahl im Jahr 2009 traten dann NPD und DVU mit eigenen Listen an, die NPD stellte zusätzlich noch Direktwahlkandidaten auf, die immerhin 1,5 bzw. 1,3 Prozent der Erststimmen im Wahlkreis Erftkreis I bzw. im Wahlkreis Euskirchen – Erftkreis II erlangten. Das Zweitstimmenergebnis der NPD belief sich auf 1,1 bzw. 1,0 Prozent, die DVU erlebte mit 0,1 Prozent ein absolutes Debakel. Bei der Bundestagswahl 2013 trat die NPD im Wahlkreis Erftkreis I ohne Direktkandidat an und holte 1,0 Prozent der Zweitstimmen. Im Wahlkreis Euskirchen – Erftkreis II kam die NPD ebenso auf 1,0 Prozent der Zweitstimmen, die Direktkandidatin Christiane J. aus Brühl-Badorf konnte bei den Erststimmen 1,5 Prozent erzielen.

Die unterdessen aufgelöste Bürgerbewegung Pro NRW sah bis zum Ende im Rhein-Erft-Kreis eines ihrer Schwerpunktgebiete. Das Kommunalwahlergebnis 2009 in Bergheim von 6,0 Prozent (drei Mandate im Bergheimer Stadtrat) könnte möglicherweise auf das geschickte Aufgreifen sozialer und interkultureller Konflikte vor Ort zurückzuführen sein. Die Antritte zur Kreistags- und Landratswahl waren mit Ergebnissen unter 2,6 Prozent bzw. 3,3 Prozent deutlich weniger erfolgreich. Es war Pro NRW dennoch 2009 gelungen, dass die Bergheimer Stadratsmitglieder zwei Mandate im Kreistag holten.

Bei der Wahl zu einem neuen Landrat konnte der Kreisvorsitzende Jürgen Hintz für Pro NRW im September 2013 dann 2,86 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Besonders starke Ergebnisse erzielte Pro bei jener Wahl in Bedburg (6,61 Prozent), Kerpen (5,36 Prozent) und Bergheim (4,9 Prozent). Bei den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 büßte Pro NRW in Bergheim gegenüber der vorangegangenen Legislaturperiode ein Mandat ein. Die 5,31 Prozent bedeuteten nur noch zwei Sitze im Rat, knapp über 300 Stimmen verlor Pro NRW gegenüber 2009. Bei der Wahl des Bürgermeisters erhielt Hintz 4,4 Prozent, gegenüber 2009 war das ein Minus von knapp über 450 Stimmen. Bei ihrem ersten Antritt zur Wahl für den Stadtrat 2014 in Pulheim holte die Splitterpartei 2,83 Prozent und zwei Sitze. Im Kreistag des Rhein-Erft-Kreises konnte Pro NRW zwei Mandate mit 3,08 Prozent der Stimmen halten und gegenüber 2009 im Jahre 2014 kreisweit fast 500 Stimmen hinzugewinnen.

Die Pro NRW-Lokalpolitiker versuchten besonders in Bergheim, durch Anträge im Kommunalparlament oder Ratsanfragen, etwa zum Thema Islam, Muslime, Moscheen, Salafisten sowie Migranten, und Veröffentlichungen darüber auf ihrer Website, Stimmung gegen Migranten, Asylbewerber oder Muslime zu machen. Bei Abstimmungen im Kreistag, bei denen die übrigen Parteien wegen des sporadisch gleich starken Kräfteverhältnisses keine eigenen Mehrheiten schaffen konnten, stimmten die Vertreter von Pro NRW taktisch ab und gerierten sich später als „Zünglein an der Waage“. Als Pro-Ratsmann Hans-Joachim Over 2014 als seinerzeit 76-Jähriger und ältestes Ratsmitglied („Alterspräsident“) die konstituierende Ratssitzung in Bergheim leitete, nutzte Pro NRW auch dies zur Eigendarstellung und pries es als „erfreuliche demokratische Normalität in Bergheim“ an.

Ohne Pro NRW, so die propagandistische Behauptung, sei in der Lokalpolitik manche Entscheidung eben nicht möglich. Daher, so Pro NRW weiter, stelle man eine ernst zu nehmende und wichtige politische Kraft dar. Nach der Kommunalwahl 2014 trat eine ähnliche Situation in Bergheim ein, weshalb sogar der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktionschef Peter Hirseler Mitte Juni der Lokalpresse gegenüber zugab, im Vorfeld der konstituierenden Ratssitzung mit Vertretern von Pro NRW über ein einmaliges gemeinsames Abstimmungsverhalten gesprochen zu haben. Für die Lokalpresse ein „Tabubruch“. Hans-Joachim Over verstarb im August 2016, für ihn rückte Klaus Groh nach, der gemeinsam mit Jürgen Hintz nach der Auflösung von Pro NRW bis zur Kommunalwahl 2020 die Fraktion „Für die Heimat“ bildete.

Pro NRW hielt lange Zeit im Rhein-Erft-Kreis sporadisch Stammtische und interne Versammlungen in Gaststätten ab. Ein Treffen einer sich im Umfeld von Pro NRW bewegenden Regionalgruppe der rechtspopulistischen und muslimfeindlichen „German Defence League“ (GDL) in einer Gaststätte in Kerpen-Brüggen wurde indes Mitte 2013, nachdem die Betreiber über die politische Ausrichtung der GDL informiert worden waren, wieder abgesagt. Die Partei Die Republikaner (REP) verfügt im Rhein-Erft-Kreis über keine Strukturen, allerdings lebte ihr ehemaliger Bundesvorsitzender Kevin K. in Pulheim. Er war zuvor schon im Ruhrgebiet und dem Rheinland in der NPD und bei Pro NRW aktiv.

Die NPD erzielte bei der Landtagswahl 2010 in den drei Wahlkreisen im Rhein-Erft-Kreis 0,5 bis 0,6 Prozent der Zweitstimmen; die Republikaner (REP) holten jeweils 0,2 Prozent. Pro NRW brachte es im ersten Wahlkreis auf 3,1 Prozent der Erst- und 3,5 Prozent der Zweitstimmen, im zweiten Wahlkreis auf 2,4 Prozent bzw. 2,3 Prozent und im dritten Wahlkreis auf 2,1 Prozent bzw. 2,0 Prozent. Bei der Landtagswahl 2012 traten die REP nicht mehr an. Ohne Direktkandidat/innen aufzustellen holte die NPD in zwei Wahlbezirken 0,4 und in einem 0,47 Prozent der Zweitstimmen; Pro NRW errang ohne Direktkandidat/innen aufzustellen 2,95, 2,08 und 1,77 Prozent der Zweitstimmen.

Bei der Bundestagswahl 2013 erzielte Pro Deutschland, der bundesweite Ableger von Pro NRW, im Wahlkreis Erftkreis I 0,4 Prozent und im Wahlkreis Euskirchen – Erftkreis II nur 0,3 Prozent der Zweitstimmen. Die REP holten in beiden Wahlbezirken 0,1 Prozent der Stimmen. Die neonazistische Splitterpartei Die Rechte (DR) blieb trotz verschiedener kleiner Wahlkampfaktivitäten mit 73 Wähler/innen im Wahlkreis Erftkreis I und mit 20 Wählern im Wahlkreis Euskirchen – Erftkreis II im Promillebereich. Bei

der Europawahl am 25. Mai 2014 holten die NPD 0,42, Pro NRW 1,13 und die REP 0,24 Prozent der Stimmen.

Bei den zeitgleich stattfindenden Kommunalwahlen 2014 traten weder die NPD, noch REP oder Die Rechte an. Bei der Landtagswahl 2017 verzeichneten im gesamten Kreisgebiet die NPD 0,34 Prozent, die REP 0,06 Prozent und die DR 0,03 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2017 holte die NPD im gesamten Kreisgebiet 0,22 Prozent; DR, REP sowie die Pro-Bewegung traten dieser Wahl nicht an. Bei der Europawahl 2019 erzielte die NPD 0,15 Prozent, die neonazistische Partei Der III. Weg holte 0,02 und die DR 0,06 Prozent (142 Wähler/innen). Bei der Bundestagswahl 2021 blieb die NPD im Kreisgebiet unter 0,1 Prozent.

Seit Herbst 2012 ist der Kreisverband der Splitterpartei Die Rechte (DR) im Rhein-Erft-Kreis aktiv. Als Kopf des Kreisverbandes fungiert Markus Walter aus Kerpen, der zuvor für die NPD als Nachrücker Mandate im Stadtrat und Kreistag von Verden (Niedersachsen) übernommen hatte. Wegen seines Umzuges in den Rhein-Erft-Kreis hat er diese Mandate im Januar 2015 verloren. Später verließ Walter die NPD und wechselte zur DR. Ehemalige Anführer der seit August 2012 verbotenen Neonazi-Kameradschaften aus Dortmund, Hamm und Aachen führen den Landesverband und verschiedene Kreisverbände der Partei DR an. Laut dem NRW-Innenministerium ist die Splitterpartei ein „Auffangbecken“ für Mitglieder verbotener Neonazi-Banden in NRW.

Der DR-Kreisverband im Rhein-Erft-Kreis äußert sich über verschiedene Internet-Plattformen immer wieder auch zu lokalpolitischen Themen. Vertreter der Partei, darunter Neonazis der „Autonomen Nationalisten Pulheim“ (ANP), griffen zudem mittels einer Flugblatt-Aktion vor dem Schulgelände die lokalpolitisch emotional geführte Diskussion über die Umwandlung der Arthur-Koepchen-Realschule in eine Sekundarschule in Pulheim-Brauweiler auf. Ausgerechnet die Neonazis befürchteten „[i]deologische Experimente auf Kosten der Bildung“, an deren Ende die Schule durch die Aufnahme von Hauptschülern zu verkommen drohe. Als Ende 2013 eine ähnliche Änderung in der Schullandschaft in Bedburg anstand, versuchte die DR auch das propagandistisch zu nutzen.

In verschiedenen Städten kam es zudem regelmäßig zu Flyer-Aktionen durch die Neonazi-Partei. Die DR hatte im Bundestagswahlkampf 2013 auch einen Wahlkampfbesuch von Volker Beck dazu genutzt, um gegen den damaligen Parlamentarischen Geschäftsführer und menschenrechtspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zu polemisieren. Den bekennenden Homosexuellen brachte man so in die Nähe eines „Befürworters“ von Sex mit Kindern. Als die Grünen in Brühl im Bundestagswahlkampf 2021 eine Plakataktion von Kindern nutzten, rückte die DR Parteivertreter erneut indirekt in die Nähe von „Kinderfickern“. Im Zuge der Diskussion um eine „Asylflut“ waren die DR sowie eine Tarnorganisation namens „Rhein-Erft-Kreis gegen Asylmissbrauch“ in verschiedenen Kommunen mit „Mahnwachen“, Infoständen und Flugblattaktionen aktiv. Im Zuge der Corona-Pandemie wurden Flugblätter verteilt zur Unterstützung der „Proteste gegen den Corona-Wahnsinn“.

Bekannt wurden auch Versuche der DR, verschiedene Aufklärungs- und Diskussionsveranstaltungen zu besuchen oder zwecks Flyeraktionen zu nutzen. Angesichts eines solchen nicht ungeschickten Vorgehens und verschiedener Vortragsveranstaltungen mit bundesweit bekannten Holocaust-Leugner/innen (s.u.) stellte der Landesverfassungsschutzbericht für das Jahr 2014 fest, dieser DR-Kreisverband stelle eine Besonderheit für die Partei dar, weil die Vielfalt an Aktionismus, Agitation und zuweilen eine intellektuell verpackte Diffamierung politischer Gegner einem „diskursorientierten Rechtsextremismus“ gleiche.

Vortragsveranstaltungen zur Schulung von „Kameraden“ aus dem Rheinland fanden in den letzten Jahren oft im Rhein-Erft-Kreis statt oder wurden durch den DR-Kreisverband (mit-)organisiert. Der Kreisverband konnte dabei zwischen Mitte 2014 und Anfang 2019 regelmäßig und meist mehrmals pro Jahr Büro- und Seminarräume am Rande eines Gewerbegebiets in Kerpen anmieten und nutzen (s.u.). Zudem traten vereinzelt „Liedermacher“ auf, u.a. soll laut DR am 28. Dezember 2018 auf einer konspirativ organisierten Jahresabschlussfeier in besagtem Gewerbegebiet „Reichstrunkenbold“ aufgetreten sein. Der bundesweit

bekannte Rechtsextremist ist aufgefallen durch Songs, die den Nationalsozialismus glorifizieren bzw. rassistische und jüdenfeindliche Inhalte transportieren.

Kreischef Markus Walter gehört seit August 2021 dem DR-Bundesvorstand als Vizechef an und fungierte lange auch als „Bundesmedienbeauftragter“ der Partei. Im NRW-Landesvorstand hat er im Frühjahr 2021 das Amt des Landesschatzmeisters übernommen, bei der Europawahl 2019 stand er auf der DR-Kandidatenliste auf Platz 10. Im Vorfeld dieser Wahl führte die DR ihren Wahlkampf kreisweit mit umfangreichen Plakat- und Verteilaktionen sowie Infoständen und Kleinkundgebungen im Rhein-Erft-Kreis durch. Neben der Stadt Dortmund war die DR dabei in NRW im Rhein-Erft-Kreis am aktivsten von allen Parteiverbänden. Durch verschiedene Medienberichte über ihre provokativen und antisemitischen Plakate sowie Strafanzeigen gegen die Splitterpartei erzielte die DR ferner eine ungewöhnlich hohe mediale Reichweite im Kreisgebiet. Demgegenüber fiel das Wahlergebnis (s.o.) äußerst bescheiden aus.

Bekannt wurde im Oktober 2016, dass gegen Walter Ermittlungen liefen, weil er die Webpräsenz der Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck verantworten sollte. Im Zuge eines Prozesses gegen Haverbeck berichtete der NDR, dass etwa von der Justiz beanstandete Einträge derselben im Internet nur von ihr selbst oder ihrem mutmaßlichen Mittäter Walter gelöscht werden könnten. Gegen Walter, so berichtete der NDR weiter, werde daher in einem gesonderten Verfahren ermittelt. Walter soll für die heute 89-Jährige, die keinen Internetanschluss besitze, die Hassbotschaften via Web verbreitet haben. In einem Prozess wegen Volksverhetzung gegen Rigolf Hennig vor dem Landgericht Verden wurde im Frühjahr 2017 bekannt, dass Walter auch an der Produktion der Zeitschrift „Stimme des Reiches“ zumindest teilweise beteiligt gewesen sein soll. „Reichsbürger“ Hennig musste sich bei dem Prozess wegen einiger Artikel in der Zeitung verantworten.

Die Bundespolizei hat im Februar 2020 am Dortmunder Flughafen mehreren Neonazis – darunter DR-Kreischef Walter – die Ausreise untersagt, die am Lukov-Marsch in Sofia teilnehmen wollten. In der bulgarischen Hauptstadt fand am 22. Februar 2020 besagter Aufmarsch statt. Mit diesem rund um den Todestag von Christo Nikolow Lukow soll dem ehemaligen bulgarischen Kriegsminister und Führer des „Bundes der Bulgarischen Nationalen Legionen“ gedacht werden. Lukow hatte mit NS-Deutschland kollaboriert. Zwei Neonazis klagten vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen gegen die Ausreisesperre, darunter Markus Walter. Er durfte daraufhin noch nach Sofia reisen und war Teilnehmer des Lukov-Marsches.

Obschon die Partei Die Rechte (DR) bei den Kommunalwahlen 2020 nicht zur Wahl der Kommunalparlamente im Rhein-Erft-Kreis mit eigenen Listen und Kandidaten antrat, trat Kreischef Walter als Kandidat für die Wahl zum Bürgermeister in Kerpen an. Unter dem Deckmantel des Wahlkampfes konnte die DR so eigene Propaganda verbreiten. Am Ende schnitt der Parteikader in der Kolpingstadt sogar noch besser ab (3,03 Prozent, 796 Stimmen) als der DR-Kandidat für das Oberbürgermeisteramt in der Partei-Hochburg Dortmund.

Die AfD im Rhein-Erft-Kreis galt lange als ein eher gemäßigt auftretender Kreisverband. Gleichwohl fielen 2018 einzelne Mitglieder und Sympathisanten des Parteiverbandes auf, weil sie an rechtsradikalen und rechtsextremen Versammlungen im Rheinland und am Niederrhein teilnahmen. Herausragend dürfte dabei die Teilnahme einer Handvoll solcher Personen bei einer rechtsextremen Kundgebung in Düsseldorf am 27. August 2018 gewesen sein. Anwesend war dabei mit Eugen Schmidt aus Hürth einer der führenden Vertreter der Russlanddeutschen in der AfD, zeitweise bekleidete Schmidt das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden oder Beisitzers im AfD-Kreisverband Rhein-Erft. Die Bundesregierung rechnete im November 2018 in einer Auflistung diese Kundgebung der Szene der Neonazis und Rechtsextremisten zu. Schmidt wurde bei den Kommunalwahlen 2020 für die AfD in den Kreistag gewählt. Bei der Bundestagswahl 2021 wurde er über die AfD-Landesliste in den Bundestag gewählt.

Anfang 2019 geriet der AfD-Politiker Theo Gottschalk aus Kerpen in die Schlagzeilen. Parteiinterne Dokumente und WhatsApp-Chats waren dem WDR-Politik-Magazin „Westpol“ zugespielt worden. In dem Chat soll ein AfD-Mitglied geschrieben haben: „Warum sollte man nichts mit dem 3. Reich zu tun haben?? Es ist doch unsere Geschichte! Nur schämen muss man sich nicht dafür!!“ Ein Anderer soll geäußert haben: „Ohne einen Bürgerkrieg light wie bei Erdogan wird es nicht laufen.“ Ein AfD-Kreisvorsitzender soll über den Messenger eine Hasen-Figur mit Hitler-Gesicht und Grüßen gepostet haben. Der Kerpener Gottschalk nannte die Beiträge vor der Kamera „Nazi-Sprech“, war zugleich aber der Administrator des Chats.

Die AfD leitete deswegen ein Parteiausschlussverfahren gegen Theo Gottschalk ein. Interessant dabei war, dass er in NRW als eine Kontaktperson des rechtsextremen Höcke-„Flügels“ auftrat, der vom Bundesverfassungsschutz beobachtet wurde. Zugleich war Gottschalk Mitbegründer der umstrittenen Kleinstvereinigung „Juden in der AfD“ (JAfD). Das hinderte den Kerpener nicht daran, auf seinem Facebook-Profil Links zu Texten auf rechtsextremen Internetseiten zu verbreiten. Hinzu kamen zuweilen verschwörungsideologische, antisemitisch konnotierte und geschichtsrevisionsistische Pamphlete bzw. Fake-News-Artikel u.a. gegen Charlotte Knobloch. Gottschalk verbreitete sogar einmal per Copy/Paste einen Text aus dem offen rechtsextremen und antisemitischen Spektrum, der den Holocaust relativierte. Deswegen soll er später aus der JAfD ausgeschlossen worden sein. In anderen Fällen verbreitete oder teilte Gottschalk rassistische Inhalte, etwa über die Amokfahrt eines Deutschen an Karneval 2020 in Volkmarsen, worüber Gottschalk falsch mitteilte, ein islamistischer Terrorist habe die Tat begangen.

Freie Kameradschaftsszene

Im Kreisgebiet existierte eine regionale Gruppe „Autonomer Nationalisten“ (AN). Die „Autonomen Nationalisten Pulheim“ (ANP), die Teil der „Aktionsgruppe Rheinland“ bzw. „AG Rheinland“ (AGR) waren, traten im Jahr 2005 zum ersten Mal in Erscheinung. In den Jahren danach häuften sich in Pulheim Aufkleber, Graffiti und Plakate, die den NS oder den ehemaligen Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß glorifizierten. Zudem kam es zu antisemitischen Sprühaktionen. Ehemalige Vertreter der ANP engagieren sich heute im Kreisverband von Die Rechte (DR) bzw. in dessen Umfeld.

Ebenfalls im Rhein-Erft-Kreis aktiv war die „Gruppe Erft“, eine Untergliederung der 2012 verbotenen „Kameradschaft Köln“. Am 6. November 2009 führten die „Kameradschaft Köln“ und die „Gruppe Erft“ einen Kameradschaftsabend in der Gaststätte „Alt-Gymnich“ in Erftstadt durch. Bei dem Treffen waren etwa 100 bis 120 Personen anwesend. Neben bekannten Neonazigrößen sprach auch ein ehemaliger SS-Standartenjunker aus dem Raum Aachen. Medien berichteten im Herbst 2011, dass auch Mitglieder der rechtsextremen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) aus Zwickau das Treffen 2009 besucht haben sollen, was die Veranstalter bei Ankündigung rechtlicher Schritte vehement dementierten. Ob Personen des NSUs an dem Treffen teilgenommen haben, ließ sich nicht abschließend klären. Laut Bericht des nordrhein-westfälischen Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum NSU hätte eine Befragung weiterer Teilnehmer/innen der Veranstaltung durch die entsprechenden Stellen der Polizei mehr Klarheit bringen können. Diese seien aber nicht erfolgt. Das Landesinnenministerium vermutete im Jahr 2017, die Medienberichte über die Anwesenheit von NSU-Vertretern in Erftstadt an jenem Abend würden auf „Falschinformationen“ fußen.

Über weitere Organisationsstrukturen im Rhein-Erft-Kreis im Sinne von „Kameradschaften“ liegen nur vage Informationen vor. Ende 2008 kursierten Gruppennamen wie „Freie Nationalisten Hürth“ und „Nationale Jugend Erftkreis“. Bei einer Großrazzia gegen mutmaßliche Betreiber und Unterstützer des bis dahin wichtigsten Internetforums für deutsche Neonazis, „thiazi.net“, kam es Mitte 2012 auch in Hürth zu einer Hausdurchsuchung.

Mit dem unter anderem schon wegen Volksverhetzung inhaftierten Axel Reitz lebte über Jahre einer der umstrittensten, aber auch umtriebigen Köpfe der Neonazi-Szene in Pulheim. Reitz fungierte auch als Anmelder zahlreicher Aufmärsche in ganz NRW und war bundesweit als Redner bei Aufmärschen oder

Versammlungen aktiv. Auch wenn Reitz meist bürgerlich gekleidet, zuweilen sogar im edlen Anzug in Erscheinung trat, arbeitete er überwiegend mit „Autonomen Nationalisten“ und Kameradschaften, die dem militanten Spektrum zugeordnet wurden, zusammen.

Reitz wurde im März 2012 für mehrere Wochen in Untersuchungshaft genommen. Ihm und anderen Neonazis aus NRW und Rheinland-Pfalz wurde die Bildung bzw. Unterstützung der kriminellen Vereinigung „Aktionsbüro Mittelrhein“ (ABM) mit Hauptsitz in Ahrweiler vorgeworfen. Als einer von wenigen Beschuldigten wurde Reitz im Mai 2012 vorzeitig aus der U-Haft entlassen. Kurz darauf kursierten in Szenekreisen Hinweise darauf, dass Reitz umfassend gegenüber den Ermittlern ausgesagt habe. Reitz gilt daher nun als „Verräter“ und soll aus der braunen Szene „ausgeschieden“ sein, hieß es auf Neonazi-Websites. In einem Interview mit dem ZDF präsentierte sich Reitz im Frühjahr 2013 als „Aussteiger“.

Ein junger Mann aus Erfstadt und langjähriger Mitstreiter von Reitz betrieb bis März 2012 Anti-Antifa-Arbeit und steht im Verdacht, unter dem Label der „Anti-Antifa Rheinland“ Outing-Videos mit Fotos von Nazigeegnern und Journalist/innen im Internet verbreitet zu haben. Im Zuge von Ermittlungen wegen des Angriffs von Neonazis auf ein linkes Wohnprojekt in Dresden im Februar 2011 fand bei besagtem Neonazi Monate später eine Hausdurchsuchung in Erfstadt statt. Wegen der Ermittlungen gegen das ABM erfolgte abermals eine Razzia gegen den Mann.

Insgesamt 26 Neonazis im Alter zwischen 19 und 54 Jahren (die Altersangaben beziehen sich auf den Beginn des Prozesses) mussten sich seit dem 20. August 2012 deswegen vor dem Landgericht Koblenz verantworten, darunter auch der Neonazi aus Erfstadt und Reitz. Aus unterschiedlichen Gründen musste der Mammutprozess zweimal neu beginnen und endete nach zahlreichen Verzögerungen im Herbst 2019.

Aufmärsche/Aktionen/Übergriffe

Im Rhein-Erft-Kreis ist es in den letzten Jahren recht häufig zu Aufmärschen und Treffen der extremen Rechten gekommen, auch wird regelmäßig von Übergriffen berichtet. Vor allem in Pulheim und Erfstadt kam es immer wieder zu solchen Vorkommnissen. So trat NPD-Chef Udo Voigt im März 2008 auf Einladung der NPD-Düren als Redner bei einer Veranstaltung in Erfstadt-Friesheim auf.

Organisierte Aktivitäten gingen vor allem aber von den „Autonomen Nationalisten Pulheim“ aus, die zwischen Dezember 2007 und Juni 2008 zwei Demonstrationen, ein Konzert und ein Treffen der „Freien nationalen Kräfte“ organisierten. Im August 2011 fand im Rahmen einer „Kundgebungstour Rheinland“ auf dem Marktplatz in Pulheim eine Versammlung von rund 70 Neonazis, angereist aus dem gesamten Rheinland, statt. Man wollte mit der Aktion für einen Großaufmarsch in Dortmund, den „Nationalen Antikriegstag“ Anfang September, werben. 2012 fand Ende August eine ähnliche Aktion statt, allerdings nahmen an der Kundgebung nur rund 20 Neonazis teil.

Anfang Dezember 2011 kam es zu großflächigen, rassistischen Sprüh- und Plakataktionen im Namen der „Kameradschaft Köln“ respektive der „Freien Kräfte Köln“ am und im Umfeld des Erfstädter Rathauses im Stadtteil Liblar. Teile der Aktionen richteten sich auch gegen Büros der SPD in Erfstadt. Unbekannte beschmierten zudem offenbar Mitte 2013 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Erfstadt-Liblar mit Nazi-Symbolen und Schmähungen.

Als im Juni 2013 Nazigeegner in Pulheim bei der Aktion „Putzen gegen Nazis“ Aufkleber und Schmierereien aus der rechten Szene im öffentlichen Raum entfernen wollten, sprühten zuvor Neonazis in der Nacht am späteren Standort eines Informationsstandes des Aktionsbündnisses „Putzmunter“ groß die Parole „Wahrheit kann man nicht wegputzen“. Neonazis beobachteten die Aktion teilweise und versuchten, eine bedrohliche Kulisse herzustellen.

Das Jugendzentrum „Pogo“ in Pulheim, in dessen unmittelbarer Nachbarschaft sich auch eine Flüchtlingsunterkunft befindet, wurde im Oktober 2015 großflächig mit extrem rechten Parolen besprüht. Darunter „Toleranz ist Volkstod“ und „Gegen Links“. Das „Pogo“ hat sich in der Vergangenheit immer wieder aktiv an der Arbeit gegen Rechts beteiligt. Im Juli 2016 kam es in Frechen-Königsdorf zu umfangreichen Sprühaktionen gegenüber öffentlichem und privatem Eigentum (u.a. ein Auto), teilweise in Form von Vandalismus, teils auch unter Verwendung von Neonazi-Symbolen und Hakenkreuzen.

Am 10. Mai 2009 fand in Bergheim eine Kundgebung von Pro NRW als Abschluss eines angeblichen „Anti-Islamisierungskongresses“ im Rheinland mit rund 50 Personen statt. Pro NRW hielt im März 2013 eine kleinere Kundgebung „gegen Asylmissbrauch“ in Bergheim ab. Im Rahmen einer Kundgebungstour zur Kommunal- und Europawahl 2014 hielt Pro NRW Mitte Mai auch im Bergheimer Stadtteil Quadrath-Ichendorf eine Minikundgebung ab. Als „Highlight“ kreiste dabei kurzzeitig auch ein Kleinflugzeug mit einem Werbebanner von Pro NRW über der Stadt.

Im Mai 2013 verteilten Aktivisten von Die Rechte (DR) um Kreischef Markus Walter am Rande einer Podiumsdiskussion des Stadtelterrates Erftstadt am Rathaus in Liblar Flugblätter zur Familienpolitik. Anfang Juni 2013 hielt die Splitterpartei mit fast 20 Mitgliedern und Sympathisant/innen in Erftstadt-Lechenich eine Kundgebung unter dem Motto „Sicherheit für Deutsche – SPD-Verbot jetzt!“ ab. Anlass dafür war ein Besuch des damaligen NRW-Innenministers Ralf Jäger (SPD) bei einer Veranstaltung im Schulzentrum. Unter anderem wetterten die Neonazis dagegen, dass Jäger eine Reihe von Neonazi-Kameradschaften verboten hatte, für die DR-„Kameraden“ eine Drangsalierung „oppositionelle[r] Gruppen“ durch den Rechtsstaat. Am Rande eines Wahlkampfauftritts von Martin Schulz (SPD) verteilten DR-Leute am 6. April 2017 in Bergheim-Oberaußen Flyer gegen den Sozialdemokraten. Kleinere DR-Kundgebungen fanden zudem gegen Konzerte oder Vortragsveranstaltungen in Kerpen statt, die sich gegen Rechtsextremismus richteten.

Vertreter des DR-Verbandes im Rhein-Erft-Kreis griffen teilweise auch Aktionsformen auf, die in früheren Jahren verschiedene Neonazigruppen und -kader organisiert hatten. So will man etwa 2013, 2014, 2018, 2019 und 2021 in Pulheim Soldatengräber und/oder ein Ehrenmal gesäubert und ein „Heldengedenken“ abgehalten haben. Am Volkstrauertag 2013 führte dieselbe Klientel ein „Heldengedenken“ in der Region durch, nachdem sie zuvor von der zentralen Gedenkveranstaltung in Elsdorf-Angelsdorf ausgeschlossen worden waren. Vier der Störer – drei aus Pulheim, einer aus Dormagen – mussten sich deswegen im Januar 2015 vor Gericht verantworten. Das Strafverfahren wurde jedoch gegen Auflagen (Geldbußen oder das Ableisten von Sozialstunden) eingestellt. 2016 und 2017 hielt die DR erneut kleinere „Gedenken“ am Volkstrauertag ab.

Der Aachener DR-Kreisverband organisierte im Oktober 2013 einen konspirativ vorbereiteten „Balladenabend im Aachener Land“ (sic!) in Kerpen-Manheim. Daran sollen rund 40 bis 50 Besucher/innen teilgenommen haben. Aufgetreten ist dort als brauner Liedermacher der ehemalige Sänger der als kriminelle Vereinigung geltenden Band „Landser“, Michael Regener alias „Lunikoff“. Der Musiker gastierte Mitte 2016 erneut im Kreisgebiet. Anlass dafür war ein „Sommerfest“ des NPD-Landesverbandes bzw. des Kreisverbandes Rhein Sieg am 3. Juli 2016 in Brühl.

Anfang Dezember 2013 hielt der DR-Verband des Rhein-Erft-Kreises eine Weihnachtsfeier mit einem Vortrag der Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck aus Westfalen ab. Haverbeck gastierte im Mai und im November 2014 abermals auf Einladung der DR im Rhein-Erft-Kreis und hielt Vorträge. Provokativ terminiert am 9. Mai 2015, kurz nach dem 70. Jahrestag zum Ende der Nazidiktatur, gastierten auf Einladung des DR-Kreisverbandes drei der in Deutschland führenden Holocaust-Leugner und Geschichtsrevisoren, nämlich wieder Haverbeck und zudem Udo Walendy sowie Arnold Höfs (alias Herbert Hoff) auf einer DR-Versammlung in Grevenbroich-Neu Elfggen (Rhein-Kreis Neuss).

Am 7. November 2015 hielt der DR-Kreisverband erneut eine Vortragsveranstaltung mit Haverbeck ab. Das Thema der Holocaust-Leugnerin war nach Parteiangaben diesmal die „aktuelle Asylflut“. Auch sonst intensivierte der Kreisverband ab dem zweiten Halbjahr 2015 rassistische und asylfeindliche Aktivitäten. So fanden an verschiedenen Orten im Kreisgebiet entsprechende „Mahnwachen“ und Flugblatt-Aktionen statt, der Kreisverband veröffentlichte Berichte und Polemiken zum Thema Asyl via Internet oder über ein auf dem ersten Blick unverfänglich wirkendes Facebook-Profil unter dem Label „Freies Wort“.

Überdies besuchten Neonazis Informationsabende, in denen von Seiten der Behörden über die Einrichtung von Asylunterkünften informiert wurde. Auch 2016, 2017, 2019 und 2020 hat die DR Aktivitäten zu den Themen Asyl und Migration aufrechterhalten, u.a. durch Verteilaktionen von Flugblättern sowie kleinere Kundgebungen in Bergheim und Frechen. Provokativ besuchten die Neonazis Infoabende über die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften, etwa in Wesseling und Pulheim. Auch nicht öffentliche „Rechtsschulungen“, ein „Zeltlager“ (in Ostwestfalen/Niedersachsen), kleinere gemeinsame Ausflüge und „Vortragsveranstaltungen“ gehörten in den letzten Jahren zum Repertoire.

So organisierte die DR Ende 2016 eine „Vortragsreihe zum Jahresabschluss“ unter dem Label „Aufstand des Geistes“. Am 22. Oktober gastierte Udo Walendy (s.o.) erneut bei der DR. Am 26. November sprach der Neonazi-Aktivist und Militaria-Händler Ralph Tegethoff aus Bad Honnef über das Leben von Otto Ernst Remer. Der ehemalige deutsche Wehrmachtsoffizier war nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 an der Niederschlagung des Putsches beteiligt, nach dem Zweiten Weltkrieg war er bis zu seinem Tod weiter als Rechtsextremist aktiv. Ursula Haverbeck war am 10. Dezember 2016 erneut Gast der DR im Rhein-Erft-Kreis.

Am 9. Dezember 2017 hielt der DR-Kreisverband Rhein-Erft eine größere „Solidaritätsveranstaltung“ für die Holocaust-Leugnerin Haverbeck ab. Gefeiert wurde dabei auch das fünfjährige Bestehen des DR-Kreisverbandes. Neben der Holocaust-Leugnerin selbst waren weitere Neonazi- und DR-Kader sowie Holocaust-Leugner als Redner und Gäste vor Ort. Der Musiker Martin B. der bekannten Rechtsrock-Band „Sleipnir“ trat als Liedermacher auf. Nachdem Haverbeck im Mai 2018 eine Haftstrafe antreten musste, organisierte die rechte Szene eine bundesweite Kampagne unter dem Motto „Freiheit für Ursula Haverbeck“. Die entsprechende Homepage verantwortete DR-Kreischef Walter, gegenüber Medienvertretern erteilte der Kerpener Auskunfte über die Kampagne und Haverbecks Haft. Es kam Ende 2018 in den Städten des Rhein-Erft-Kreises überdies zu verschiedenen kleinen DR-Kundgebungen, illegalen Plakat- und Flugblattaktionen aus Solidarität mit Haverbeck. Überdies soll Walter Anfang 2021 am Verwaltungsgericht Minden einen Rechtsstreit gegen das Land NRW um zuerst untersagte Filmaufnahmen an der JVA Bielefeld und ein deswegen gegen ihn ausgesprochenes Hausverbot gewonnen haben. Es ging dabei um den Dreh eines Wahlwerbspots 2019 mit der inhaftierte Holocaust-Leugnerin und DR-Spitzenkandidatin zur Europawahl, Haverbeck.

Im Januar 2018 fand ein Vortrag bzw. eine Schulung mit dem führenden Neonazi aus dem Rheinland, Sven Skoda, statt. Motto: „Vom S im NS – Begriffsbestimmung, Selbstpositionierung und mehr...“ Ein „Zeitzeugenvortrag“ folgte im April 2018 mit dem ehemaligen SS-Mann Richard Neubrech und einem von der DR nicht namentlich benannten, gleichwohl „bekannte[n] Militärhistoriker“; mutmaßlich handelte es sich bei letztgenannten um den Neonazi-Kader und Buchautor Ralph Tegethoff aus dem Rhein-Sieg-Kreis. Am 23. Februar 2019 fand erneut ein „Zeitzeugenvortrag“ im Gewerbegebiet (s.o.) am Rande von Kerpen mit einem namentlich nicht genannten ehemaligen Mitglied der SS-Panzer Grenadier-Division „Nordland“ statt. Nachdem Medien kritisch über die Nutzung der Räumlichkeiten berichtet hatten, fanden spätere Veranstaltungen unter Mitwirkung des DR-Kreisverbandes u.a. in Dortmund statt.

Ein anderes Publikum sprach der „3. Quer-Denken.TV-Kongreß 2016“ in Bergheim am 26. und 27. November an. Vor rund 400 Besucher/innen traten Redner/innen aus dem verschwörungsideologischen, rassistischen, esoterischen und pseudomedizinischen Milieu auf. Neben Jürgen Elsässer, Chefredakteur des „Compact-Magazins“, war Helmut Roewer eine Art Stargast. Roewer war von 1994 bis 2000 Präsident des

Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, also in jener Zeit, als sich Vertreter des späteren NSU radikalisierten und abtauchten. Heute publiziert Roewer in rechten Medien und Verlagen. Vertreter des verschwörungsideologischen Lagers auf dem Kongress war u.a. Daniele Ganser, der „Theorien“ verbreitet, die die US-Regierung hinter den Anschlägen vom 11. September 2001 sehen. Konferenz- und „Quer-Denken.TV“-Organisator Michael Friedrich Vogt ist fest verankert im extrem rechten und verschwörungsideologischen Spektrum: Er durchlief die „Burschenschaft Danubia München“, landete dann als freier Mitarbeiter bei Jan van Helsings „Secret-TV“ und gründete schließlich den „Aufbruch Gold-Rot-Schwarz“, wobei die Existenz bzw. die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland bestritten wird. Im Mai 2018 war in Bergheim ein „Akasha Congress“ angekündigt. Auch bei diesem „Gesundheits-Kongress“ kritisierten Gegner, gebe es teils „Bezüge zur rechten Szene, zu Verschwörungstheoretikern und Reichsbürgern“.

In Kerpen drangen im Januar 2016 Unbekannte in eine zu dem Zeitpunkt unbewohnte Asylunterkunft ein und setzten den Keller teilweise unter Wasser. Im März 2016 skandierten Schüler in Brühl „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“ und zeigten den Hitler-Gruß vor einer Unterkunft für Flüchtlinge. Schon im August 2015 hatten Jugendliche in Erftstadt Asylbewerber bedroht, nachdem sie durch den Sicherheitsdienst zum Verlassen des Schulhofes der Übergangsunterkunft aufgefordert worden waren. Die Taten wurden mit Geldbußen geahndet. Seit August 2016 wurde in Wesseling eine Frau angefeindet und beleidigt, die sich in der Flüchtlingshilfe engagiert. Ein Unbekannter bedrängte sie dabei sogar auf der Straße, schrie sie an und spuckte ihr ins Gesicht.

In Brühl-Badorf wurde Mitte April 2017 ein Mehrfamilienhaus, das zu einer Wohneinheit für Geflüchtete umgebaut werden sollte, von Unbekannten mit Hakenkreuzen und rassistischen Parolen wie „Nigger raus!“ besprüht. Im Gebäude selbst war Geruch nach zusätzlich verschütteter Buttersäure wahrnehmbar. Im Vorfeld hatte es im Ort Gerüchte gegeben, es sollten bis zu fünfzehn Flüchtlinge einziehen. Das Haus gehört einem Ehepaar, das viele Monate zuvor die Patenschaft für fünf Geflüchtete übernommen hatte. Eben jene – vier Eritreer christlichen Glaubens und ein Mensch aus Afghanistan – sollten in das Haus einziehen. Ein Haus in Erftstadt-Gymnich, in dem sieben Geflüchtete leben, wurde an Weihnachten 2017 mit einem Pflasterstein beworfen sowie mit Stahlkugeln beschossen. Bei den beiden Anschlägen wurden insgesamt fünf Glasscheiben beschädigt.

In Brühl wurde im August 2016 ein Mechaniker verurteilt, weil er im November 2015 eine Mail an den ehemaligen Brühler Flüchtlingskoordinator geschickt und darin gegen Behördenträger und Geflüchtete gehetzt hatte. Migration und der Zuzug von Flüchtlingen verglich er mit dem Beginn einer „humane[n] Ausrottung des deutschen Volkes durch Durchrassung“. Claudia Roth, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, beleidigte er als „ekelhaft“. Zudem sollte der Brühler einer Familie mit Migrationshintergrund in einem Nachbarschaftsstreit „Scheiß Ausländer“ zugerufen haben. Das Gericht verurteilte den Mann zu einer Geldstrafe von 3.000 Euro.

Bei der Urteilsverkündung kam es jedoch durch den Mann aus dem Umfeld der „Reichsbürger“-Bewegung und Sympathisanten lautstark zu abfälligen Äußerungen. Anlässlich einer auf Anfang 2017 terminierten Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Köln lud er Sympathisanten und Medien zum „Schauprozess“ ein. Auf einem entsprechenden Facebook-Profil beleidigten er und Sympathisanten Roth und andere Politiker/innen. Der Mechaniker, dem man angesichts des Verfahrens eigenen Angaben zufolge seine Befugnis zum Waffenbesitz entzogen hat, nannte das Urteil in Erster Instanz gegen ihn „abartig“ und das Resultat einer „linken Diktatur“. Das Landgericht Köln hat Anfang 2017 das Urteil in Zweiter Instanz bestätigt. Der Mann aus Brühl bewegt sich offenbar seit Jahren bundesweit in der Szene der NS-Ritterkreuzträger bzw. deren Sympathisanten-Umfeld.

Im Herbst 2016 wurden zwei Polizeibeamte bei einer Verkehrskontrolle in Frechen von einem zunächst fliehenden und sich dann wild wehrenden „Reichsbürger“ verletzt. Die Lokalpresse berichtete zudem

davon, dass 2016 in NRW laut Verfassungsschutz zu den regionalen Schwerpunkten der „Reichsbürger“-Bewegung zunehmend auch der Rhein-Erft-Kreis gehört.

In Wesseling kam es Mitte November 2016 zu einem Streit zwischen einem Autofahrer und Fußgängern, wobei der Fahrer des PKW den Wagen schließlich verließ. Daraufhin zog einer der Passanten eine Waffe und schoss dem 30-Jährigen ins Bein. Die Polizei fasste kurz darauf zwei 34 und 37 Jahre alte Tatverdächtige. Den Streit ausgelöst haben sollen rassistische Äußerungen. Einer der später festgenommenen Männer soll Hetzparolen und Beleidigungen gegen Ausländer geäußert haben, war der Lokalpresse zu entnehmen.

2017 kam es zu einer bundesweiten Razzia gegen Rechtsextremisten wegen des Verdachts auf terroristische Aktivitäten. Unter den Beschuldigten war ein Hauptverdächtiger aus Süddeutschland, der sich als Druiden bezeichnete und der Szene rechtsesoterischer, antisemitischer Verschwörungsideologen angehörte. Die Gruppe stand im Verdacht Anschläge auf Juden, Asylbewerber und Polizisten geplant zu haben. Später hieß es dann, dass die Männer zwar Waffen und Munition gehortet hätten, allerdings angeblich nur zur Verteidigung einer autarken ländlichen Wohngemeinschaft im Falle von innerstaatlichen Unruhen. Der NDR berichtete im August 2017, laut der Ermittlungsakte sei auch nach einem Stellvertreter des selbst ernannten Druiden gefahndet worden, den die Ermittler jedoch nicht identifizieren konnten. Laut NDR handelte es sich dabei um einen relativ bekannten rechten Aktivist aus Brühl, der regelmäßig bei „Pegida“-Versammlungen als Redner fungierte und bis heute in den sozialen Netzwerken verschwörungstheoretische Inhalte verbreitet.

Im Frühjahr 2018 wurde der Autor Ahmet Özdemir aus Kerpen-Sindorf Ziel eines rechten Shitstorms. Mit seinem Kinderbuch „Ali und Anton. Wir sind doch alle gleich!“ will der Autor mit Migrationshintergrund für Werte wie Toleranz und Respekt werben, deswegen besucht er auch Kindergärten und Schulen und stellt dort sein Bilderbuch vor. Özdemir, der in der Alevitischen Gemeinde sowie in der Kerpener CDU aktiv ist, wurde über die sozialen Medien angefeindet, zugleich wies er darauf hin, dass sein Buch bei einem Internet-Versandhändler auffallend oft schlechte Bewertungen und Leser/innenbesprechungen erhalten habe. Dahinter vermutete Özdemir eine von rechts gesteuerte Kampagne.

Das Kölner Landgericht verurteilte im September 2019 einen ehemaligen Kreistagsabgeordneten (Rhein-Sieg-Kreis) der NPD zu einer hohen Gefängnisstrafe. Der 46-jährige Hürther wurde wegen Volksverhetzung und das Verwenden verfassungswidriger Kennzeichen unter Einbeziehung einer weiteren Strafe zu insgesamt fünf Jahren und vier Monaten Haft verurteilt. Zwischen April 2017 und August 2018 soll das ehemalige NPD-Mitglied via Internet nationalsozialistische Propagandamittel verbreitet und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet haben. Auf Twitter sollte der Mann aus Hürth zu einem Volksaufstand gegen das Jüdische Volk aufgerufen haben. Der ehemalige NPD-Lokalpolitiker war 2010 schon vom Bonner Landgericht wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern und Schutzbefohlenen zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden.

Im Zuge der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen fanden im Rhein-Erft-Kreis Kundgebungen, Demonstrationen und Autokorso in wechselnden Städten statt. Verantwortlich war und ist dafür eine nicht als rechtsextrem eingestufte Gruppe „WiderstandJetzt Rhein-Erft-Kreis“. Am 2. Januar 2021 trat dabei gleichwohl in Bergheim als Redner Dieter B. aus dem Raum Aachen/Düren auf. Er war bis zum Spätsommer noch der Kopf der NRW-Abordnung der rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Splittergruppe „Patriotic Opposition Europe“. B. ist bekannt für seine provokativen und aggressiven Vorträge und tritt unterdessen als Kopf von „Klartext 20/21“ auf. Diese Splittergruppe gilt als Sammelbecken für zuvor irrlichternde Einzelprotagonisten aus der Szene der Rechtsextremen, „Reichsbürger“ und zuwanderungsfeindlicher „Wutbürger“ aus dem Raum Aachen/Düren, Düsseldorf und Duisburg.

Von der Hochwasserkatastrophe 2021 war im Kreisgebiet Erftstadt besonders schwer von Zerstörungen betroffen. Vereinzelt haben sich Personen und Gruppen aus dem rechten Spektrum bei Hilfsprojekten

engagierten. U.a. waren vor Ort Mitglieder der „Die Rechte“ (DR) und der AfD, beispielsweise der damalige Landtagsabgeordnete Roger Beckamp, der eine Nähe zu früheren Aktivisten der „Identitären Bewegung“ hat. Etwaige Hilfstätigkeiten der DR wurden via Internet zur Eigen-PR und staats-/demokratiefeindlicher Propaganda genutzt. Die Miniaturpartei will überdies bundesweit eine eigene Spendenaktion organisiert haben. Als Bankkonto diente dabei jenes des DR-Kreisverbandes Rhein-Erft.

Traten in der Vergangenheit Neonazi-Gruppen und „Kameradschaften“ aus dem Rheinland bei Aufmärschen in ganz Deutschland gelegentlich mit eigenen Transparenten oder „Blöcken“ in Erscheinung, änderte sich dies im Jahre 2011. Bis zur Gründung der Partei „Die Rechte“ traten diese Gruppierungen bei Aufmärschen außerhalb des Rheinlandes nicht mehr als Einzelgruppen auf, sondern meist gemeinsam hinter einem „Rheinland“-Banner und teilweise in einheitlich weißem „Rheinland“-T-Shirt. Damit einhergegangen sein soll auch der interne Auf- und Ausbau der Vernetzung zwischen „Kameradschaften“, „Aktionsgruppen“ oder „Aktionsbüros“, Projekten und wichtigen Einzelpersonen aus dem Rheinland und vom Niederrhein. Nach der Razzia gegen mutmaßliche Mitglieder und Unterstützer des „Aktionsbüros Mittelrhein“ (ABM), der Inhaftierung verschiedener Führungskader und dem Rückzug des (ehemaligen) Neonazis Axel Reitz aus Pulheim ist diese „Rheinland-Vernetzung“ indes ins Stocken geraten.